

Liebe Genoss:innen

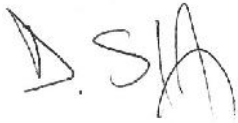
Ganz herzlich lade ich euch zum Parteitag der SP Kanton Bern vom 10. Mai 2023 in Bern ein. Im Zentrum des Parteitags stehen die Abstimmungen vom 18. Juni. Zuerst heisst es aber Bühne frei für unsere Ständeratskandidatin Flavia Wasserfallen und den grünen Kandidaten Bernhard Pulver. Weiter werden wir die Campaigner:innen für die Nationalratswahlen kennenlernen sowie die Jahresrechnung, die Bilanz und die Finanzplanung genehmigen.

Im vergangenen Frühling 2022 gab unser Ständerat Hans Stöckli seinen Rücktritt auf Ende Legislatur bekannt. Bald meldete Nationalrätin Flavia Wasserfallen ihr Interesse für die Nachfolge an. Und bereits im August nominierten wir sie am Parteitag mit grossem Applaus als unsere Ständeratskandidatin. In der Zwischenzeit ist mit Bernhard Pulver auch der Kandidat von unseren grünen Partnern bekannt. Wir freuen uns die beiden rotgrünen Kandidierenden an unserem Parteitag willkommen zu heissen.

Am 18. Juni ist ein wegweisendes Abstimmungswochenende. Im Kanton Bern stimmen wir über unsere eigene Elternzeitinitiative ab. Eine echte Elternzeit stärkt die Beziehung zwischen Eltern und Kind, verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und fördert auch die Gleichstellung. Es ist Zeit für Elternzeit! Auf eidgenössischer Ebene steht vor allem die Abstimmung über das Klimaschutzgesetz im Fokus. In der Abstimmungskampagne wollen wir uns alle gemeinsam kräftig dafür einsetzen, dass es sowohl bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wie auch bei der Bekämpfung der Klimakrise einen grossen Schritt vorwärtsgeht.

Ich freue mich auf einen spannenden Parteitag und hoffe, viele von euch in Bern zu sehen. Bis dahin wünsche ich euch einen angenehmen Frühling und viel Sonnenschein!

Solidarische Grüsse



David Stampfli
Geschäftsführender Parteisekretär

Diese Einladung geht an

- Sektionen, Regionalverbände, Sozialdemokratisches Forum der Universität Bern
- Mitglieder der Grossratsfraktion, Mitglieder der Geschäftsleitung (SP Frauen Kanton Bern, JUSO Kanton Bern, SP 60+ Kanton Bern, SP MigrantInnen Kanton Bern), Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission, Berner SP-Deputation im eidg. Parlament
- Ehrengäste, SP Schweiz, Gewerkschaftsbund Kanton Bern

TRAKTANDENLISTE

Zeit	Traktanden
19.15	<p>1. Eröffnung und Begrüssen durch das Co-Präsidium</p>
	<p>2. Wahlen zum Parteitag</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ StimmzählerInnen ▪ Mandatsprüfungskommission ▪ Wahlbüro ▪ Tagesbüro (wird gemäss Statuten eingesetzt)
	<p>3. Genehmigungen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Tagesordnung ▪ Geschäftsordnung ▪ Protokoll des Parteitages vom 01.02.2023 (auf der Website aufgeschaltet)
19.30	<p>4. Ständeratswahlen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Auftritt Flavia Wasserfallen und Bernhard Pulver
19.50	<p>5. Nationalratswahlen Vorstellen Campaigner:innen</p>
20.00	<p>6. Elternzeitinitiative</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Input, Parolenfassung und Mobilisierung
20.20	<p>7. Parolen zu den weiteren Abstimmungen vom 18.06.2023</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ OECD-Mindeststeuer ▪ Klimaschutzgesetz ▪ Covid-19-Gesetz ▪ Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen Schuldenbremsen)
20.50	<p>8. Finanzgeschäfte</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bericht Geschäftsprüfungskommission ▪ Jahresrechnung und Bilanz 2022 ▪ Finanzplan 2024-26 und Festsetzung der Mitgliederbeiträge
21.00	<p>9. Geschäftsprüfungskommission</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verabschiedung ▪ Nachwahl
21.05	<p>10. Resolutionen</p>
21.10	<p>11. Verschiedenes</p>
21.15	<p>12. Schluss des Parteitages</p>

GESCHÄFTSORDNUNG

1. Stimmkarten

Die Stimmkarten werden am Parteitag bei der Mandatskontrolle persönlich abgegeben. Bei den Abstimmungen werden nur die Stimmkarten gezählt. Verlorene Stimmkarten werden nicht ersetzt.

2. Redezeit

Begründung von Anträgen	5 Minuten
Begründung der Haltung der Geschäftsleitung	5 Minuten
Diskussionsvoten	3 Minuten

3. Wortbegehren

Delegierte, die das Wort wünschen, melden dies schriftlich mit dem beim Podium aufliegenden Formular «Wortbegehren» und übergeben dieses vollständig ausgefüllt dem Präsidium, bevor die Sitzungsleitung die RednerInnenliste geschlossen hat.

4. Anträge

Anträge müssen gemäss Stauten (Art. 7.3 b) 3 Wochen vor dem Parteitag beim Parteisekretariat eingereicht werden.

5. Ordnungsanträge

Ordnungsanträge sind sofort zu behandeln. Sie werden von der antragstellenden Person kurz begründet. Nach der Stellungnahme der Parteileitung wird unmittelbar abgestimmt.

6. Wahlen und Abstimmungen

Wahlen und Abstimmungen finden nach Statuten (Artikel 9) statt. Bei mehreren Kandidierenden für das gleiche Amt erfolgt die Wahl schriftlich und geheim, wenn dies die Geschäftsleitung oder ein Mitglied aus dem Plenum beantragt. Die Abstimmungen finden in der Regel offen statt. Sie werden schriftlich und geheim durchgeführt, wenn dies die Geschäftsleitung oder ein Drittel der Stimmenden verlangt.

7. Resolutionen

Resolutionen müssen spätestens drei Wochen vor dem Parteitag auf dem Parteisekretariat eingereicht werden. Resolutionen zu Ereignissen der letzten zwei Tage vor dem Parteitag sind eine Stunde vor Parteitagbeginn einem/einer der gewählten ParteisekretärInnen zu übergeben.

GESCHÄFTE DES PARTEITAGES

Traktandum 6: Elternzeitinitiative: Es ist Zeit für Elternzeit!

Familien mit kleinen Kindern sind extrem gefordert. Heute reduzieren vor allem Frauen ihre Arbeitszeit ab der Geburt stark. Dafür bezahlen sie mit Lohneinbussen und tieferen Renten. Kinderbetreuung ist nicht gratis – sondern wird von den Familien und insbesondere den Müttern über unbezahlte Arbeit finanziert. Mit einer Elternzeit können junge Familien zukünftig besser entlastet werden. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass eine echte Elternzeit die Beziehung zwischen Eltern und Kind stärkt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert und die Gleichstellung von Frau und Mann fördert. Deshalb haben wir die Elternzeitinitiative lanciert und im Frühling 2021 mit rund 20'000 Unterschriften erfolgreich eingereicht. Mit unserer Initiative soll im Kanton Bern zusätzlich zum eidgenössischen Mutter- und Vaterschaftsurlaub eine bezahlte Elternzeit von 24 Wochen eingeführt werden. Im internationalen Vergleich ist dies moderat. Die OECD-Länder gewähren eine durchschnittliche Elternzeitdauer von 51 Wochen.

Trotz den offensichtlichen Vorteilen lehnte die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rats von SVP bis GLP dieses progressive Anliegen ab. Mit ihrem Nein zur Elternzeitinitiative stellen sich die Bürgerlichen gegen die Berner Bevölkerung und die Berner Wirtschaft. Gemäss einer aktuellen Studie befürwortet nämlich eine klare Mehrheit von 77% die Einführung einer Elternzeit. Und in Zeiten des akuten Fachkräftemangels in vielen Branchen ist eine Elternzeit ein entscheidender Faktor für die Unternehmen. Das letzte Wort hat die Berner Stimmbevölkerung am 18. Juni 2023. Bis dahin müssen wir noch viel Überzeugungsarbeit leisten. Im Rahmen der Abstimmungskampagne möchten wir an öffentlichen Anlässen die Vorteile der Elternzeit aufzeigen und mit möglichst vielen Menschen über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf diskutieren. Melde dich deshalb beim Sekretariat, wenn du das Bildungsmodul Elternzeit für eine Mitgliederversammlung oder eine andere Veranstaltung buchen möchtest.

Antrag GL: Ja-Parole

Wie unterstütze ich die Abstimmungskampagne?

- Dem Abstimmungskomitee beitreten unter <https://elternzeit.be> -> Komitee
- «Elternzeit – Congé parental» auf Facebook und Instagram folgen.
- Einen Leser:innenbrief schreiben und an meine lokale Zeitung schicken.
- Mit meiner SP-Sektion Flyer verteilen und mobilisieren.
- Im eigenen Umfeld Werbung machen.

Herzlichen Dank für deine Unterstützung!
Es ist Zeit für Elternzeit!



Traktandum 7. Parolen zu den Abstimmungen vom 18.06.2023

Klimaschutzgesetz

Das Klimaschutzgesetz ist der indirekte Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative. Dank dem Gesetz soll es ein milliardenschweres Programm für den Ersatz fossiler Heizungen geben. Mit einem Ja wird die Schweiz unabhängiger von Öl- und Gasimporten, was Klimaschutz wie auch Versorgungssicherheit stärkt. Zur Abstimmung kommt es, weil die SVP das Referendum dagegen ergriffen hat. Die SP Schweiz hat an ihrem Parteitag die Ja-Parole beschlossen. Mehr Informationen zur Vorlage unter: <https://klimagesetz.ch>

Antrag GL: Ja-Parole

OECD-Mindeststeuer

Die OECD-Mindeststeuer ist ein uraltes SP-Anliegen, denn sie führt dazu, dass grosse Konzerne mehr Steuern bezahlen müssen. Allerdings ist die nun geplante Umsetzung nicht im Sinn der SP. Denn die zusätzlichen Steuereinnahmen würden hauptsächlich nur bei jenen Kantonen landen, die diese Mindeststeuer mit ihrer Tiefsteuerpolitik überhaupt erst verursacht haben. Dies droht die Ungleichheit zwischen den Kantonen zu verschärfen und den interkantonalen Steuerwettbewerb noch mehr anzuhetzen, ohne dass die geplanten Mehreinnahmen der Bevölkerung zugutekommen. Die SP Schweiz hat deshalb an ihrem Parteitag die Nein-Parole beschlossen.

Antrag GL: Nein-Parole

Covid-19-Gesetz

Im Dezember 2022 hat das nationale Parlament beschlossen, das Covid-19-Gesetz und damit einzelne Bestimmungen bis Mitte 2024 zu verlängern. Darunter ist etwa die gesetzliche Grundlage für die Ausstellung von Covid-19-Zertifikaten für Geimpfte, Genesene und negativ Getestete. Dagegen wurde das Referendum ergriffen. Aus Sicht der SP Schweiz ist die Verlängerung dieser Bestimmungen aus dem Covid-Gesetz sinnvoll. Die SP Schweiz hat daher die Ja-Parole beschlossen. Die GL der SP Kanton Bern beantragt dem Parteitag sich der SP Schweiz anzuschliessen.

Antrag GL: Ja-Parole

Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Der Kanton Bern kennt eine Schuldenbremse für die Erfolgsrechnung und eine Schuldenbremse für die Investitionsrechnung. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass die alleinige Ausrichtung der Schuldenbremsen auf den Schuldenabbau den Bedürfnissen des Kantons nicht mehr gerecht wird. Der Grosse Rat hat deshalb entschieden, die Schuldenbremsen moderat anzupassen. Die wichtigste Änderung ist die sogenannte Mehrjahresbetrachtung bei der Investitionsrechnung: Falls der Kanton in den Vorjahren Überschüsse erwirtschaftet hat, soll er diese künftig für anstehende Investitionen anrechnen dürfen.

Antrag GL: Ja-Parole

Traktandum 8: Finanzgeschäfte

Bericht Geschäftsprüfungskommission

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat im Jahr 2022 zwei Sitzungen durchgeführt. Die übrigen GPK-Geschäfte konnten per Emailverkehr erledigt werden. Zudem fand im Herbst ein Treffen mit dem Parteipräsidium und dem Parteisekretariat statt. Eine Kontrolle der Führungsorgane ist durch die meist fristgerechte Zustellung der entsprechenden Sitzungsprotokolle gewährleistet. Im 2022 setzte sich die GPK aus den folgenden sechs Mitgliedern zusammen: Angelika Neuhaus, Regina Fuhrer, Katrin Meister, Marcel Steinmann, Martin Wiederkehr und neu Barbara Egger-Jenzer. Sie wurde am 2. März 2022 einstimmig in die GPK gewählt. Das Präsidium ist immer noch vakant. Die GPK funktioniert weiterhin als Team und hat die verschiedenen Aufgaben unter sich aufgeteilt. Das Ziel ist mittelfristig ein Präsidium festlegen zu können.

Basierend auf den vorgegebenen Richtlinien wurden im Jahr 2013 klare Ziele definiert und der GPK wiederkehrende Aufgaben zugewiesen, die einen sinnvollen und effizienten Einsatz des Prüfungsorganes garantieren. Es handelt sich dabei um folgende Schwerpunkte:

1. Revision der Jahresrechnung
2. Mandatskontrolle an den Parteitagen
3. Durchsicht der Protokolle der Partei- und Geschäftsleitung
4. Prüfung von zu revidierenden Dokumenten (Statuten, Reglemente usw.)
5. Beratung der Parteileitung und des Sekretariates in juristischen Angelegenheiten

Die Revision der Jahresrechnung 2022 fand durch einen GPK-Ausschuss am 14. Februar 2023 statt. Die Buchhalterin Karin Amatucci war dabei und konnte bei Bedarf zusätzliche Erläuterungen einbringen. Der finanzverantwortliche Parteisekretär David Stampfli konnte krankheitshalber nicht anwesend sein. Mit gezielten Stichproben wurde die Jahresrechnung auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit geprüft. Alle Fragen wurden kompetent beantwortet. Der ausführliche Revisionsbericht ist am Ende des Jahresberichtes publiziert. An dieser Stelle dankt die GPK der Buchhalterin Karin Amatucci und David Stampfli für die saubere und gewissenhafte Buchführung bestens.

Im Vergleich zu anderen Jahren gab es im Berichtsjahr 2022 fast keine juristischen Angelegenheiten, bei denen die GPK dem Sekretariat und der Parteileitung beratend zur Seite stand. Im vergangenen Jahr haben wir aber sehr viele Statutenentwürfe geprüft. Statutenentwürfe von Sektionen, von Sektionszusammenschlüssen und von einem Regionalverband. Insgesamt hat die GPK sechs Statutenentwürfe durchgeschaut und geprüft.

Die Zusammenarbeit mit der Partei- und der Geschäftsleitung und dem Sekretariat gestaltet sich gewohnt gut und zielführend. Auskünfte werden der GPK unkompliziert und transparent gewährt. Die GPK dankt der Parteileitung, der Geschäftsleitung, dem Sekretariat und allen übrigen Mitwirkenden für die gute Zusammenarbeit und den ausserordentlichen Einsatz im 2022 mit oftmals aufreibender Kleinarbeit.

Die GPK muss auf den neuen Wahltermin erweitert werden, da Marcel Steinmann seinen Rücktritt aus der GPK auf Ende Januar 2023 eingereicht hat.

Burgstein, im Februar 2023

Für die GPK:
Regina Fuhrer-Wyss

Bilanz und Erfolgsrechnung

Erfolgsrechnung vom 01.01.2022 bis 31.12.2022 (im Vergleich mit der Rechnung 2021 und dem Budget 2022)

ERTRAG	Rechnung 21	Budget 22	Rechnung 22
Mitgliederbeiträge	676'797.00	670'000.00	676'072.00
Beiträge an SP Schweiz	-397'296.90	-401'250.00	-400'320.30
Mandatsabgaben	248'771.75	240'000.00	255'810.25
Solidaritätsbeitrag	260'276.50	240'000.00	298'178.00
Grossratsfraktion	133'125.00	134'000.00	133'125.00
Fundraising SP Schweiz	48'679.55	40'000.00	47'565.40
Total Spenden u. Kampagnenertrag	30'224.50	47'000.00	48'484.10
Aufwände Soli- und Spendenmailings	-28'619.95	-30'000.00	-29'323.50
Einnahmen Wahlfinanzierung	0.00	40'000.00	40'061.90
Total übriger Ertrag	800.00	500.00	800.95
Total Ertrag	972'757.45	980'250.00	1'070'453.80
AUFWAND	Rechnung 21	Budget 22	Rechnung 22
Politik, Kampagnen	148'866.68	158'500.00	140'236.70
Wahlen	118'182.75	450'000.00	550'267.10
Einlagen(+)/Auflösung(-)Fonds	150'000.00	-180'000.00	-170'000.00
Total Personalaufwand	597'238.80	543'000.00	566'320.40
Rückvergütungen	-146'538.00	-100'000.00	-124'020.00
Total Administration	95'023.10	106'200.00	96'294.04
Total übriger Aufwand	6'229.07	4'000.00	10'794.57
Gewinn(+)/Verlust(-)	3'755.05	-1'450.00	560.99
Total Aufwand	969'002.40	981'700.00	1'069'892.81

Kommentar zur Jahresrechnung 2022

Die Jahresrechnung 2022 schliesst mit einem Gewinn von CHF 560.99 ab. Sowohl der Ertrag wie auch der Aufwand liegen über dem Budget. Aufgrund des deutlichen besseren Ertrag ist es möglich CHF 10'000 weniger dem Wahlfonds zu entnehmen. Im Wahlfonds sind nun per 31.12.2022 insgesamt 650'000 Franken. Damit können wir bei den Wahlen 2023 aus dem Vollen schöpfen.

Die Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen sind stabil. Dennoch müssen wir unsere Anstrengungen bei der Mitgliedergewinnung und -betreuung weiter hochhalten. Die Mitgliederbeiträge sind einer der wichtigsten Finanzierungspfeiler unserer Partei. Beim Solidaritätsbeitrag erhielten wir deutlich mehr Mittel als erwartet. Auch das Fundraising der SP Schweiz lief besser als budgetiert. Und auch die Mandatsabgaben liegen über den Erwartungen. Dies ist aber auf übliche Schwankungen zurückzuführen. An dieser Stelle einmal mehr ein grosser Dank an alle Mandatär:innen unserer Partei sowie die vielen Spender:innen, welche unsere politische Arbeit überhaupt erst möglich machen.

Die Ausgaben liegen ebenfalls über dem Budget. Dies liegt vor allem an den kantonalen Wahlen 2022 und den Vorbereitungen der eidgenössischen Wahlen 2023. Da schon während dem Jahr 2022 absehbar, dass wir höhere Einnahmen haben werden, wurden zusätzliche Ausgaben für die Wahlen beschlossen. Die restlichen Ausgaben entsprechen den Erwartungen.

Bilanz per 31. Dezember 2022 (mit Vergleich 2021)

	2021		2022	
	CHF	CHF	CHF	CHF
Aktiven				
Flüssige Mittel (Kassa, Konten)	1'144'437.14		912'879.19	
Forderungen bei Sektionen	37'833.55		56'281.05	
übrige Forderungen	16'825.45		3'643.30	
Delkredere	0.00		0.00	
Transitorische Aktiven	17'390.91		35'607.40	
Warenvorräte	1.00		1.00	
Sachanlagen	1.00		1.00	
Wertschriften	2'000.00		2'000.00	
Total Aktiven	1'218'487.05		1'010'412.94	
Passiven				
Kreditoren		-951.05		-637.40
Transitorische Passiven		51'627.59		48'114.45
Rückstellungen		40'000.00		0.00
Fonds Parteientw. & Soziales		95'280.82		99'843.21
Wahlfonds		820'000.00		650'000.00
Gewinnvortrag 1.1.		208'776.64		212'531.69
Ergebnis lfd. Jahr		3'755.05		560.99
Total Passiven		1'214'734.00		1'009'851.95

Die Jahresrechnung 2022 ist vom Revisionsteam Katrin Meister und Martin Wiederkehr am 14. Februar 2023 geprüft worden und wird zur Genehmigung empfohlen.

Antrag der Geschäftsleitung:

- Genehmigung der Jahresrechnung 2022
- Genehmigung der Bilanz per 31. Dezember 2022
- Entlastung der Organe

Finanzplan 2024-26 und Festsetzung der Mitgliederbeiträge

ERTRAG	Rechnung 22	Plan 24	Plan 25	Plan 26
Mitgliederbeiträge	676'072.00	670'000.00	670'000.00	670'000.00
Beiträge an SP Schweiz	-400'320.30	-401'250.00	-401'250.00	-401'250.00
Mandatsabgaben	255'810.25	240'000.00	240'000.00	240'000.00
Solidaritätsbeitrag	298'178.00	260'000.00	260'000.00	260'000.00
Grossratsfraktion	133'125.00	108'800.00	108'800.00	108'800.00
Fundraising SP Schweiz	47'565.40	12'000.00	40'000.00	40'000.00
Total Spenden u. Kampagnenertrag	48'484.10	22'000.00	22'000.00	22'000.00
Aufwände Mailings	-29'323.50	-30'000.00	-30'000.00	-30'000.00
Einnahmen Wahlfinanzierung	40'061.90	0.00	0.00	0.00
Total übriger Ertrag	800.95	500.00	500.00	500.00
Total Ertrag	1'070'453.80	882'050.00	910'050.00	910'050.00
AUFWAND				
Politik, Kampagnen	140'236.70	158'500.00	158'500.00	158'500.00
Wahlen	550'267.10	0.00	100'000.00	450'000.00
Einlagen(+)/Auflösung(-)Fonds	-170'000.00	160'000.00	80'000.00	-270'000.00
Total Personalaufwand	566'320.40	573'500.00	574'500.00	575'500.00
Rückvergütungen Stadt & RVs	-124'020.00	-120'000.00	-115'000.00	-115'000.00
Total Administration	96'294.04	106'200.00	106'200.00	106'200.00
Total übriger Aufwand	10'794.57	4'000.00	4'000.00	4'000.00
Gewinn(+)/Verlust(-)	560.99	-150.00	1'850.00	850.00
Total Aufwand	1'069'892.81	882'200.00	908'200.00	909'200.00
	Rechnung 22	Plan 24	Plan 25	Plan 26

Der Finanzplan zeigt für die Planungsperiode 2024-2026 einen ausgeglichenen Finanzhaushalt. Gegenüber der Rechnung 2022 gibt es für die Planjahre 2024-2026 keine grossen Veränderungen. Für die kommenden Wahlen konnten genügend Rückstellungen in den Wahlfonds eingeplant werden. Der kantonale Mitgliederbeitrag kann somit unverändert bei CHF 43.-/ Jahr bleiben. Insgesamt dürfen wir unsere Finanzlage weiterhin als gut bezeichnen.

Antrag der Geschäftsleitung:

- Unveränderter Mitgliederbeitrag der Kantonalpartei von CHF 43.-/ Jahr
- Annahme des Finanzplans 2024-2026

Traktandum 9: Wahl in die Geschäftsprüfungskommission

Nach drei Jahren tritt Marcel Steinmann aus der Geschäftsprüfungskommission der SP Kanton Bern (GPK) zurück. Die Geschäftsleitung dankt Marcel Steinmann für sein Engagement für die Partei.

Wir suchen aktuell eine Nachfolge für Marcel als GPK-Mitglied. Bisher sind keine Bewerbungen eingegangen, weshalb die Wahl auf den nächsten Parteitag verschoben wird.

Traktandum 10: Resolution

Die SP Langenthal hat fristgerecht eine Resolution eingereicht, welche die SP Kanton Bern beauftragen soll, ein Initiativprojekt für eine Einheitskasse anzugehen:

Resolution für eine soziale Krankenkasse mit bezahlbaren Prämien

Die SP Kanton Bern wird aufgefordert, einen neuen Anlauf für eine Einheitskrankenkasse zu machen.

Die von der SP Schweiz lancierte Initiative für bezahlbare Prämien, welche voraussichtlich nächstes Jahr zur Abstimmung kommt, nimmt zwar eines der Probleme ins Visier, indem die Prämienlast auf höchstens zehn Prozent des Haushaltseinkommens begrenzt werden soll (heute oft bereits über 20%). Die hohen Prämien seien nicht gerechtfertigt, da diese schneller wachsen als die Gesamtkosten, begründet sie dies. Die Kosten dieser «Prämienexplosion» würden auf die privaten Haushalte abgewälzt, sagte dazu der Zürcher Nationalrat Angelo Barrile (SP).

Wir können dieser Argumentation nur beipflichten. Unser Ansatz: die Anliegen müssen parallel weitergeführt werden, mit dem Ziel, die Prämien für Familien und Kleinverdiener:innen zu deckeln und gleichzeitig die Kosten mit der neu zu schaffenden Einheitskasse in den Griff zu kriegen.

Die SP muss aktiv werden

Wir fordern die SP Kanton Bern auf, das Anliegen für eine Einheitskrankenkasse wieder aufzunehmen und mit geeigneten Bündnispartner:innen eine neue Initiative «für eine soziale Krankenkasse» zu lancieren. Es muss gelingen, den Krankenkassendschungel durch eine Kassenstruktur nach dem Vorbild der SUVA zu ersetzen. Der unsinnige Konkurrenzkampf, der im Gesundheitswesen als mächtiger Kostentreiber wirkt, muss gestoppt werden. Die Initiative greift ein altes Anliegen der Gewerkschaften (und der SPS) halt relativ schnell wieder auf. Trotzdem glauben wir, dass die Zeit für einen neuen Anlauf reif ist. In vielen Kantonen (gerade auch im Kanton Bern) werden Sparpakete geschnürt, die insbesondere die Schwächeren ins Mark treffen werden. Mit der Initiative glauben wir, die daraus resultierenden Kräfte in geeigneter Form aufnehmen, und für unsere Ziele nutzbar machen zu können.

Argumente dafür (es sind die alten aber sie gelten nach wie vor):

- J Eine Zusammenlegung und Harmonisierung bei der Grundversicherung wird die Krankenkassenprämien senken und Kosten reduzieren.
- J Die vielen (zu) gut bezahlten CEOs, Verwaltungsrät:innen und Manager:innen der zahlreichen privaten Krankenkassen in der Schweiz werden bei einer Einheitskasse überflüssig.
- J Die Einflussnahme der vielen Lobbyist:innen und Parteien auf die Höhe der Krankenkassenprämien wird überflüssig.
- J Rechnungsvergleiche für ein und dieselbe Leistung werden allesamt vereinfacht.
- J Keine Prämienunterschiede mehr in der Höhe von mehrere Tausend Franken für ein und dieselbe Leistung – da der Wettbewerb wegfällt.
- J Enorme Zeit- und Nerveneinsparungen – da die jährlichen mühsamen Krankenkassen- und Prämien-Vergleiche entfallen.

Die vorliegende Resolution wurde von der Hauptversammlung der SP Langenthal am 10. März 2023 einstimmig verabschiedet.

Antrag Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung geht mit der SP Langenthal einig, dass es sich bei den Krankenkassenprämien um ein aktuelles und dringendes Thema handelt und Handlungsbedarf besteht. Der aktuelle Zeitpunkt bietet sich an, um nach unserer Elternzeitinitiative über ein nächstes Initiativprojekt nachzudenken. Die Gremien haben dies auch vor. Dabei wird eine Einheitskasse sicher eingehend diskutiert werden. Allerdings gibt es gewisse Hürden für das Thema, unter anderem die vom nationalen Parlament abgelehnte Standesinitiative für kantonale Einheitskassen. Aufgrund dessen bräuchte es für eine kantonale Einheitskasse sogar zwei Abstimmungen: zunächst müssten die Rechtsgrundlagen für eine kantonale Einheitskasse geschaffen werden und erst danach könnten wir der Stimmbevölkerung ein konkretes Projekt für eine solche Kasse vorlegen.

Solche Fragen und auch die Diskussion von weiteren wichtigen Themenbereichen für ein Initiativprojekt müssen vor einem definitiven Beschluss für unser nächstes grosses kantonales Projekt berücksichtigt und eingeplant werden. Die Geschäftsleitung empfiehlt dem Parteitag deshalb die Resolution im Sinne einer Empfehlung im Rahmen einer breiteren thematischen Diskussion zur Annahme.